

100 % SOZIAL - AUCH KOMMUNAL

Wir bewegen was!

Wahlprogramm 2014 der Partei DIE LINKE im Landkreis Stendal

Inhalt

- | | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| 1. Für ein solidarisches Miteinander und soziale Gerechtigkeit in unserem Landkreis | Seite 3 |
| 2. Gemeinden, Städte und der Landkreis sind als Bürgerkommune zu gestalten | Seite 4 |
| 3. Grundversorgung sichern – Öffentliche Daseinsvorsorge verbessern | Seite 5 |
| 4. Gleiche Bildungschancen für alle – Kindern und Jugendlichen eine Zukunft geben | Seite 7 |
| 5. Kultur und Sport fördern | Seite 8 |
| 6. Wirtschaftskraft des Landkreises nachhaltig stärken – die Kommune als Motor des sozial-ökologischen Umbaus und verantwortungsvoller Arbeitgeber | Seite 9 |
| 7. Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft – für einen weltoffenen und fremdenfreundlichen Landkreis | Seite 11 |

1. Für ein solidarisches Miteinander und soziale Gerechtigkeit in unserem Landkreis

DIE LINKE steht für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, die allen Einwohnerinnen und Einwohnern selbstbestimmte und chancengleiche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Die soziale Spaltung im Land hat sich in den letzten Jahren immer mehr verstärkt und für zahlreiche Personengruppen mittlerweile auch verfestigt. Für einen erheblichen Teil der Kinder im Landkreis Stendal sind Auswirkungen einer Existenz unterhalb der Armutsgrenze seit Jahren Realität, nach wie vor beziehen zu viele Erwerbsfähige HARTZ IV oder müssen sich im wachsenden Niedriglohnsektor bzw. in mehreren Arbeitsverhältnissen ihren Lebensunterhalt mehr schlecht als recht verdienen und sind oft auf ergänzende staatliche Leistungen angewiesen, eine zunehmende Zahl älterer Menschen müssen nach arbeitsreichen Jahren von der Grundsicherung im Alter leben. Linke Politik muss dieser Tendenz entschieden entgegen treten. Deshalb muss jede Entscheidung auf kommunaler Ebene der Prüfung nach der sozialen Auswirkung Stand halten. Es ist stets zu fragen, ob und inwiefern Chancengleichheit für sozial Schwache weiter verbessert und gesichert werden kann. Das Gesicht einer lebens- und liebenswerten Gemeinde, Stadt oder eines Landkreises erkennt man am Umgang mit den sozial Schwächsten.

DIE LINKE tritt ein für:

- die Einführung eines kreisweit gültigen Sozialpasses, der Menschen mit geringem Einkommen die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben im Landkreis ermöglicht
- die Einführung eines Sozialtickets zur sozial verträglichen Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs. Ziel linker Politik ist ein fahrscheinloser ÖPNV für alle.
- die Erarbeitung eines konkreten Maßnahmenkataloges, um die Folgen von Kinderarmut im Kreis zu vermindern. Leitlinie hierfür sind die UN-Kinderrechtskonvention sowie der Kinder- und Jugendschutz
- das vorhandene Netz an Beratungs-, Hilfs- und Präventionsangeboten für Familien, Senioren, Kindern und Jugendlichen ist zu erhalten und da, wo erforderlich auch auszubauen. Die Angebote müssen erreichbar, niedrigschwellig und barrierefrei gestaltet sein und gerade im ländlichen Raum die vorhandenen öffentlichen Räume (u.a. Dorfgemeinschaftszentren) nutzen
- die Beibehaltung der hauptamtlichen Beauftragten für Gleichstellung, für die Menschen mit Behinderungen und für die Ausländer des Landkreises.
- an Humanität ausgerichtete Integrationspolitik von Asylsuchenden im Landkreis. Das betrifft insbesondere die dezentrale Unterbringung oder die Erteilung von Arbeitserlaubnissen. Die vorhandenen gesetzlichen Spielräume sind seitens der unteren Ausländerbehörde im Kreis zu nutzen.

- die regelmäßige Anpassung der Kosten der Unterkunft für HARTZ IV-Betroffene an die tatsächliche Entwicklung der Heiz- und Betriebskosten
- die Berücksichtigung des örtlichen Mietpreisniveaus und des tatsächlichen Mietwohnangebotes in der Region als Grundlage für die Beurteilung der Angemessenheit des Wohnraums für HARTZ IV-Betroffene
- die Qualifizierung des Jobcenter-Beirates hin zu einer Einrichtung, die die Behörde berät und als kritische Schnittstelle der Aufgabenwahrnehmung verstanden wird.

2. Gemeinden, Städte und der Landkreis sind als Bürgerkommune zu gestalten

Der Rückgang der Wahlbeteiligung, insbesondere bei den letzten Kommunalwahlen, zeigt, dass Bürgerinnen und Bürger unzufrieden sind mit der Art und Weise wie Politik gemacht wird, wie Entscheidungen getroffen bzw. wie unzureichend eine mögliche Einbeziehung in Entscheidungsprozesse erfolgt. Das schmerzt insbesondere vor dem Hintergrund, dass letztgenannte Prozesse auf kommunaler Ebene ganz maßgebliche Auswirkungen auf das Lebensumfeld aller Einwohnerinnen und Einwohner haben. DIE LINKE will dem entgegen wirken. Bürgerinnen und Bürger sind in geeigneter Form in alle kommunalen Entscheidungsprozesse einzubeziehen bzw. entscheiden selbst. Nur durch Transparenz von Entscheidungsprozessen und konsequente Bürgerbeteiligung lassen sich Misstrauen zwischen der Bürgerschaft, der Verwaltung und der Kommunalpolitik erfolgreich abbauen. Kommunen brauchen dauerhafte und verlässliche Einnahmen, um die vielfältigen Aufgaben erledigen zu können. Der staatliche Finanzausgleich ist hierfür ein Instrument, welches künftig von der konjunkturellen Entwicklung entkoppelt und den Kommunen eine an den Aufgaben orientierte Mindestausstattung sichern muss. Grundsätzlich muss bei jeder staatlichen Aufgabenübertragung derjenige die Kosten tragen, der Auftraggeber ist.

DIE LINKE tritt ein für:

- eine Stärkung des Ehrenamtes durch Anerkennung, Unterstützung und kommunale Vernetzung.
- eine umfassende und intensive Schulung der ehrenamtlichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, damit diese die Möglichkeiten der Kommunalverfassung, der Hauptsatzungen und Geschäftsordnungen ausschöpfen können.
- Aufnahme größtmöglicher Beteiligungs- und Entscheidungsrechte für Bürgerinnen und Bürger sowie Interessenvertretungen in die Hauptsatzungen des Kreisstages. sowie der kreisangehörigen Gemeinden.

Dazu gehören insbesondere auch regelmäßige Anhörungen von Betroffenen und Experten. Die Bildung von Kinder-, Jugend-, Senioren- und Migrationsbeiräten soll in diesen verankert werden.

- regelmäßige Einwohnerversammlungen sowie Sprechzeiten des Landrates und der gewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.
- die Durchführung von Bürgerentscheiden in allen Fragen, die wesentlich und grundsätzlicher Art für den Landkreis oder die kreisangehörigen Gemeinden sind.
- ein bürgerfreundliches und barrierefreies Internet als Dienstleistungs- und Informationsportal für Bürgerinnen und Bürger.
- eine bürgernahe und bürgerfreundliche Verwaltung. Insbesondere für den ländlichen Raum des Landkreises sind Möglichkeiten von Sprechtagen zu schaffen.
- eine für alle Bürgerinnen und Bürger verständliche und einfache Verwaltungssprache; daraufhin sind alle Satzungen, Formulare und Bescheide zu prüfen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung regelmäßig zu schulen.
- eine Haushaltsmittelbereitstellung innerhalb der Kommune, die für die Leistungen der Daseinsvorsorge die Mittel und das notwendige Personal bereitstellt.
- eine Gebühren- und Beitragsstaffelung nach sozialen Aspekten. Die Kalkulation von Gebühren und Beiträgen muss grundsätzlich transparent erfolgen und für die Einwohnerinnen und Einwohner nachvollziehbar sein.
- eine Kreisumlage, die den kreisangehörigen Gemeinden Gestaltungsspielraum lässt.
- eine ständige Aufgabenkritik innerhalb der Verwaltung, die sich an den Bedarfen der Einwohnerinnen und Einwohner orientiert und an den konkreten Lebenslagen ausrichtet

3. Grundversorgung sichern – Öffentliche Dienstleistungen verbessern

Geburtenrückgang und Abwanderung stellen für den ländlich geprägten Landkreis Stendal eine besondere Herausforderung dar. DIE LINKE nimmt diese an und kämpft trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen konsequent für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen des Landkreises, was ein Mindestmaß an sogenannten „weichen“ Standortfaktoren voraussetzt. Die Lebensbedürfnisse der Menschen sind Leitbild unserer Entscheidungen. Mobilität spielt im dünn besiedelten Flächenkreis, wie dem) Landkreis Stendal, eine ganz besondere Rolle, um den Menschen den Zugang zu den Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge aber auch zu Kultur, Sport und anderen Freizeitmöglichkeiten zu gewährleisten.

DIE LINKE tritt ein für:

- die Entwicklung kommunaler und regionaler Leitbilder durch die Beteiligung aller Akteure in den Städte und Gemeinden sowie dem Landkreis
- eine ortsnahe und ausreichende medizinische Grundversorgung. Für unseren Flächenkreis sind Versorgungsformen, wie die Etablierung der „Gemeineschwester Verah“ oder die Einrichtung von Präsenzpraxen in öffentlichen Gebäuden und die Errichtung von Versorgungszentren in Zusammenarbeit mit den vorhandenen Krankenhäusern zu unterstützen.
- Die Krankenhäuser in Stendal, Seehausen und Havelberg haben für die medizinische Versorgung Landkreis eine besondere Funktion und sind in jedem Fall zu erhalten. Kooperationsmodelle unter den Krankenhäusern sind zu unterstützen.
- einen öffentlichen Nahverkehr, der sich in Takt und Ausstattung nicht lediglich am Schülerverkehr orientiert, sondern insbesondere für den ländlichen Raum den Zugang zu allen öffentlichen Einrichtungen sichert. Dazu zählen auch alternative Verkehrsmittel – Sammeltaxen, Ruf- bis hin zu Bürgerbussen -, die soziale Staffelung der Tarife und ein barrierefreier Nahverkehr
- die Beachtung der Belange älterer Menschen und Menschen mit Behinderungen beim Stadtumbau sowie bei der Gestaltung von Verkehrswegen und öffentlichen Einrichtungen. Die gewählten SeniorInnenvertretungen und Behindertenräte sind in die Entscheidungsfindung bei Investitionsvorhaben vor Ort unbedingt mit einzubeziehen.
- Konzepte, die den Erfordernissen einer nachhaltigen Verkehrspolitik Rechnung tragen. Dazu gehören ein getakteter ÖPNV ebenso wie verkehrsarme Innenstädte und sichere Fahrradwege. Beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur hat die B 190 N als West-Ost-Achse nicht nur im Landkreis hohe Priorität. Sie muss für den Bundesverkehrswegeplan als ein solches bedeutsames Vorhaben angemeldet werden.
- das kommunale Wohnungsunternehmen nicht privatisiert werden und sich in ihrer Geschäftspolitik als soziales Unternehmen der Daseinsvorsorge versteht, welches die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum zur Aufgabe hat.
- Interkommunale Zusammenarbeit, die ermöglicht, dass kommunale Aufgaben wirtschaftlicher, kostengünstiger aber auch bürgernäher erfüllt werden können.
- für einen flächendeckenden und leitungsgebundenen Breitbandausbau.
- die Entwicklung einer Strategie des Landkreises zur Verbesserung der Information und Kommunikation zwischen den Institutionen und mit den Bürgerinnen und Bürgern unter Nutzung moderner Technik.

4. Gleiche Bildungschancen für alle – Kindern und Jugendlichen eine Zukunft geben

DIE LINKE kämpft für ein gerechtes Bildungssystem, welches allen Kindern und Jugendlichen, Auszubildenden und Studierenden gleiche Chancen unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern eröffnet. Bildung ist der Schlüssel für die persönliche Entwicklung, ermöglicht die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und hilft so, Armutsrisiken zu minimieren. Lebenslanges Lernen, Bildung und Weiterbildung sind unerlässlich, denn die Kinder und Jugendlichen von heute sind die gesellschaftlichen Gestalter von morgen. Sie brauchen die notwendigen Rahmenbedingungen, um sich optimal entfalten zu können. Ein kinder- und familienfreundliches Umfeld kann Heranwachsende eine Perspektive in der Region bieten.

DIE LINKE tritt ein für:

- ein wohnortnahes, bedarfsgerechtes und flexibles Netz an Bildungseinrichtungen im Landkreis – von der Kindertagesstätte bis hin zum Hochschulstandort. Die letzten Eingriffe in das Grundschulnetz im Landkreis waren seitens der Landesvorgaben nicht sachlich motiviert, sondern folgten ausschließlich den Personaleinsparvorgaben. Im Rahmen der beschlossenen Schulentwicklungsplanung werden wir nach kreativen und zeitnahen Lösungen suchen, um das Netz der Schullandschaft möglichst engmaschig zu halten. DIE LINKE im Kreis wird sich für die Erhaltung der vorhandenen Kindertagesstätten in unterschiedlicher Trägerschaft einsetzen, Das Berufsschulzentrum in Stendal und ebenso der Standort der Hochschule Magdeburg-Stendal in der Kreisstadt sind in ihrer Position zu stärken.
- einen unbeschränkten Zugang für alle Kinder zu den Betreuungs- und Bildungsangeboten in den Kindereinrichtungen (Kinderkrippen, -gärten und -tagesstätten). Der Ganztagsanspruch für alle Kinder darf nicht durch die Elternbeiträge unterlaufen werden. DIE LINKE tritt perspektivisch für kostenfreie Kinderbetreuungsplätze ein. In einem ersten Schritt wollen wir ein kostenfreies KITA-Jahr vor der Einschulung erreichen. Zur Dämpfung der Kosten für die Kinderbetreuung für Familien mit geringem Einkommen ist auch der kreisweite Sozialpass angedacht.
- Gemeinschaftsschulen. Wir unterstützen alle Initiativen zur Errichtung weiterer Gemeinschaftsschulen nach Seehausen und Tangerhütte auf dem Weg zu einer Schule für alle, die dem Ziel einer inklusiven Beschulung verpflichtet ist.
- eine vorrangige Sanierung von Bildungseinrichtungen in den Kommunen. Trotz oder wegen der angespannten Haushaltslagen in den Kommunen des Landkreises und des Kreises selbst gehören die noch nicht sanierten Kindereinrichtungen und Schulen ganz nach oben auf den Prioritätenlisten für die Investitionen. Dabei ist auf umfängliche Barrierefreiheit zu achten.

- ein stärkeres Engagement des Landkreises zum Ausbau der Schulsozialarbeit.
- eine Stärkung der Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe.
- eine Schülerbeförderung, die kurzen Wegen und Fahrzeiten verpflichtet ist.
- die Öffnung der Schulen für vielfältige kulturelle, sportliche und ähnlich gelagerte Aktivitäten sowie als Begegnungsstätte für örtliche Vereine und Initiativen.
- eine Stärkung der Schullandheime im Landkreis, als Orte der Bildung, Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung.
- ein Werbeverbot für die Bundeswehr an Schulen im Landkreis.
- die Weiterentwicklung des Ausbildungsnetzwerkes.
- eine bedarfs- und altersgerechte, integrierte und wohnortnahe Infrastruktur an Kinder- und Jugendeinrichtungen bzw. das Vorhalten von mobilen Angeboten zur flächendeckenden Sicherung in der Jugendarbeit. Hierzu sind die Haushaltsmittel im Kreis auf einem stabilen Niveau zu halten.
- einen höheren Stellenwert von jugendtypischen Kunst- und Kulturformen und den Erhalt der Kinder- und Jugendsparte am Theater der Altmark

5. Kultur und Sport fördern

Die Vielfalt der Angebote in Kunst, Kultur und Sport sind Indikatoren für Lebensqualität in einer Region. Sie prägen die Städte und Gemeinden und befördern das soziale Miteinander der Einwohnerinnen und Einwohner in den Orten.

DIE LINKE tritt ein für:

- den Erhalt des Theaters der Altmark als Landestheater im Norden des Landes Sachsen-Anhalt und somit als kulturelles Zentrum in und für die Region sowie darüber hinaus. Das muss sich in einer breit angelegten, verlässlichen und langfristigen Finanzierung manifestieren, die das Theater nicht zu jeder Haushaltsdiskussion wieder in Frage stellt und die derzeitige Angebotspalette sichert.
- die weitere Vernetzung, Zusammenarbeit, gemeinsame touristische Vermarktung und somit langfristige Sicherung der Angebote an Museen, Musik- und Volkshochschulen im Kreis.
- ein Tourismuskonzept „Kulturlandschaft Altmark“, das die Besonderheiten im Landkreis und der Region wie etwa die Hansegeschichte, die romanische

und die Backsteinbaukunst oder der Landwirtschaft als kulturhistorisch prägender Wirtschaftszweig noch stärker berücksichtigt. Die Potentiale des Naturtourismus müssen hier ebenso einbezogen werden.

- den Erhalt der Bibliotheken und des Bücherbusses im Landkreis.
- die Unterstützung der zahlreichen Feste, bei denen die Traditions- und Brauchtumpflege sowie die Unterstützung und Weiterentwicklung neuer Veranstaltungsformen in der Region im Vordergrund stehen.
- die Fortschreibung der kommunalen Sportförderung insbesondere für den Kinder- und Jugendbereich auf dem heutigen Niveau.
- eine Sicherung der unentgeltlichen Nutzung der kommunalen Sportstätten für die Kinder und Jugendlichen.
- eine im Rahmen der Haushaltsführung angemessene Sanierung der Sportanlagen sowie deren barrierefreien Ausbau.
- die Erarbeitung kommunaler Sportentwicklungskonzepte, die den Breiten- und Leistungssport, den Nachwuchs- sowie den Gesundheits- und Rehabilitationssport fest in der kommunalen Planungen verankern.

6. Wirtschaftskraft des Landkreises nachhaltig stärken – die Kommune als Motor des sozial-ökologischen Umbaus und verantwortungsvoller Arbeitgeber

Die Zeit ist für einen tiefgreifenden sozialökologischen Umbau, insbesondere in der Energie-, Land- und Gesundheitswirtschaft. Für die Altmark bietet dieser Umbau, neue Entwicklungsperspektiven, u.a. für die Schaffung von dauerhaften Arbeitsplätzen.

DIE LINKE tritt ein für:

- den weiteren Ausbau der Altmark zum Standort für nachhaltige Energiepolitik, der den Schwerpunkt auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz legt. DIE LINKE unterstützt innovative Projekte, wie Biomassenutzung über Hackschnitzel oder die „power-to-gas“-Technologie.
- eine Schwerpunktorientierung und Spezialisierung der Region auf Schlüsselbereiche wie Energie-, Land- und Ernährungswirtschaft sowie die Zulieferindustrie für den Fahrzeugbau. Die Wirtschaftsförderung im Kreis und den kreisangehörigen Gemeinden ist entsprechend auszurichten und Synergien sind zu nutzen.
- die nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft ohne Benachteiligung einzelner Unternehmensformen.
- für einen gentechnikfreien Landkreis.

- eine schonende Flächenpolitik, die die Landwirtschaft und den Naturschutz im Blick hat.
- eine artgerechte Tierhaltung.
- einen Naturschutz, der die Erhöhung und Bewahrung der biologischen Vielfalt zum Ziel hat, naturnahe Nutzungen anstrebt und regionale Wirtschaftskreisläufe befördert. Für das geplante Landschaftsschutzgebiet „Elbaue Jerichow“ muss in einem transparenten Diskussionsprozess mit allen Beteiligten ein tragfähiger und ausbalancierter Kompromiss gefunden werden.
- einen Hochwasserschutz insbesondere entlang der Gewässer erster Ordnung, der auf technologischen Hochwasserschutz, mehr Überflutungsflächen und einer notwendigen Präventionspolitik setzt. In die Aufarbeitung der letzten Hochwasser und den daraus abzuleitenden Konsequenzen sowohl für den Hochwasser- als auch für den Katastrophenschutz sind neben Politik und Verwaltung auch die Bürgerschaft, Initiativen, die regionale Wirtschaft insbesondere die Landwirtschaft als auch weitere Akteure auf diesem Feld einzubeziehen. Katastrophenpläne im Kreis sind regelmäßig zu aktualisieren und auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen.
- die Unterstützung Havelbergs als Ausrichterkommune der Bundesgartenschau 2015. Die Schau „Das blaue Band – Von Dom zu Dom“ ist eine Chance für die ganze Region und bedarf deshalb auch der Unterstützung durch den Landkreis aber auch deren kreisangehörigen Gemeinden.
- den Erhalt der Kreissparkasse Stendal als verlässlichen Partner für Bürgerinnen und Bürger sowie den klein- und mittelständischen Unternehmen der Region. Der Verwaltungsrat als Vertretungsorgan des Trägers muss künftig eine solide Geschäftspolitik und größtmögliche Transparenz gewährleisten. Dazu sind ihm die erforderlichen Informationen bereitzustellen.
- die Vergabe von öffentlichen Aufträgen, die regionalen, sozialen und ökologischen Kriterien entspricht.
- eine hohe Ausbildungsquote in der öffentlichen Verwaltung und in kommunalen Unternehmen.
- eine Beschäftigungspolitik in öffentlicher Verwaltung und Unternehmen, die vorbildhaft in der Integration ist. Menschen anderer Herkunft als auch Menschen mit Behinderungen werden verstärkt eingestellt.
- eine Ausschöpfung aller Arbeitsmarktinstrumente, um Langzeitarbeitslosen wieder eine Perspektive zu geben. Die Gesellschaft für Arbeit und Beschäftigung spielt hierbei eine bedeutsame Rolle.

7. Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft – für einen weltoffenen und fremdenfreundlichen Landkreis

Mit Sorge beobachten wir Versuche von rechtsextremen Parteien und Gruppierungen im Landkreis Fuß zu fassen und regionale Konflikte für ihre Ideologie zu missbrauchen. Dieser Entwicklung gilt es entschlossen entgegen zu treten. Nationalistische Parolen, völkische Programmatik oder intolerante, antidemokratische Denkmuster sind absolut nicht geeignet, die kommunalen Herausforderungen zu bewältigen und das solidarische Zusammenleben zu befördern.

DIE LINKE tritt ein für:

- eine Stärkung aller zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich für eine weltoffene, menschenwürdige und demokratische Gesellschaft engagieren.
- eine Unterstützung aller Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus.